

# CROSSING BORDERS

## bewegungen und kämpfe der migration



Der 1. Mai bietet uns erneut Gelegenheit zur transnationalen Kommunikation. "Migrantische Arbeit" war bereits in den ersten beiden Ausgaben von Crossing Borders ([www.noborder.org](http://www.noborder.org)) ein zentrales Thema und hat für das Frassanito-Netzwerk besondere Bedeutung. Bezugnehmend auf die Massenmobilisierung im letzten Jahr in den USA sowie auf Forderungen in Europa nach Entkopplung von Aufenthaltsrecht und Arbeitsvertrag wollen wir über die Regulierungsversuche migrantischer Arbeit in Europa diskutieren (S.1). Auf die Bedingungen migrantischer Frauen in der Hausarbeit und ihre Schlüsselrolle für die soziale Reproduktion wird in einem spezifischen Text eingegangen (S.2). Und wie üblich berichten wir über aktuelle Erfahrungen von Kämpfen, die überall am Entstehen sind, mit besonderem Augenmerk auf selbstorganisierte Prozesse rund um migrantische Arbeit (S.3+4).

## Migrantische Arbeit in die Falle locken

Vor einem Jahr haben über 1 Mio. MigrantInnen in Los Angeles und anderen US-Städten dem 1. Mai eine neue Bedeutung gegeben. Eine Million ArbeiterInnen, von den großen Gewerkschaften zumeist unbeachtet, haben eindrücklich gezeigt, dass es möglich ist, Angst und Unsichtbarkeit zu durchbrechen. Seitdem kann der 1. Mai nicht mehr einfach als Festival oder Jahrestag angesehen werden. Er muss vielmehr als Tag begriffen werden, an dem all die, die Grenzen überschritten haben und verschiedene Formen der Ausbeutung erleben, ihre Stimme erheben - trotz der Entfernungen und unterschiedlichen Rechtssysteme, die sie trennen. Nicht nur in den USA sondern auch in Europa stellt sich die zentrale Frage, wie mit den Forderungen und Erwartungen all der Frauen und Männer umgegangen wird, die sich im Herzen der Globalisierung bewegen. "Migrantische Freiheit unter völliger Kontrolle halten," scheint das Motto europäischer Migrationspolitik zu sein. Das bedeutet, dass MigrantInnen nicht erlaubt ist, sich frei eine Arbeit zu suchen. Gleichzeitig soll migrantische Arbeit schon am Ausgangspunkt gesteuert werden. Transnationale Job-Center, wie z.B. vor kurzem in Bamako/Mali eröffnet, werden zu einem Schlüsselinstrument der Regulierung migrantischer Arbeitskraft. Solche Agenturen werden überall dort eingerichtet, wo Migrantinnen herkommen. Sie sollen das Arbeitsvermögen tausender Menschen "managen", kontrollieren und verkaufen. Ihr Ziel ist nicht, das Migrieren zu erleichtern sondern vorab auszuwählen, wer ausreisen darf und wer nicht, wann und mit welchem Ankunftsort. Sie sind ein zentraler Bestandteil transnationaler Ausbeutung migrantischer Arbeit, schon weil die MigrantInnen gezwungen sind, monatelang zu schuffen, um die anfallenden Gebühren abzuführen. Die Job-Center folgen einer Quotenpolitik, sie organisieren die Saison- und Vertragsarbeit innerhalb der EU. Das fördert zum einen ein System, das die Löhne in den Herkunftsländern niedrig hält und Menschen motiviert, anderswo Arbeit zu suchen. Gleichzeitig soll dieses Regime eine "geordnete" Ankunft tausender ArbeiterInnen in Europa gewährleisten, und alle, die die Verträge nicht einhalten oder sich sonstwie außerhalb dieses Migrationsregimes bewegen, werden kriminalisiert. MigrantInnen werden regelrecht in die Falle gelockt. Diese Politik nutzt allein denen, die Arbeitskräfte uneingeschränkt kaufen wollen, und noch wichtiger: ohne dass diese aufmucken. Und deshalb betreffen diese Job-Center nicht nur Mi-

grantInnen: sie sind grundlegende Instrumente der Prekarisierung von Arbeit in den Zielländern.

Es ist kein Zufall, dass diese Job-Center in Afrika, Asien oder Osteuropa zur gleichen Zeit in Erscheinung treten wie neue Vereinbarungen über Rückführungsprogramme. Diese verpflichten die Herkunftsländer zur mehr oder weniger "freiwilligen" Rücknahme der MigrantInnen, die für die europäische Wirtschaft nicht mehr benötigt werden. Und zusätzlich zu den privaten Agenturen haben auch Europäische Gewerkschaften Büros in den Herkunftsländern eingerichtet. Sie unterstützen MigrantInnen bei der Beantragung der notwendigen Ausreisepapiere. CGIL, eine der größten italienischen Gewerkschaften, hat z.B. in Casablanca und Dakar solche Büros eröffnet, um MigrantInnen zu helfen, Visas für Italien zu bekommen. Diejenigen, die eigentlich ArbeiterInnenrechte verteidigen sollten, werden zu Arbeitskräfte-Beschaffern, die zudem die MigrantInnen zur "Einhaltung der Regeln" anhalten.

Die Ausbeutung migrantischer Arbeit ist von willkürlichen Vorschriften und Einschränkungen geprägt, und von berechnender Toleranz gegenüber illegaler und versteckter Arbeit, sofern sie zur rechten Zeit am richtigen Ort stattfindet. Die sensationsgierige Aufregung über verschleierte muslimische Frauen erscheint völlig absurd vor dem Hintergrund, dass migrantische Hausarbeiterinnen für Stunden und Tage hinter dem Schleier der europäischen Haushalte verschwinden. Denn die Veränderung vom Wohlfahrtsstaat hin zur Privatisierung sozialer Dienste macht Haus- und Pflegearbeit migrantischer Frauen immer notwendiger. Und erneuert die traditionelle Arbeitsteilung, die Frauen die ganze Haus- und Pflegearbeit zuweist. Beziehungsbearbeitung wird per (Billig)Lohn erkaufte. Diese Frauen werden damit für die europäischen Gesellschaften zur Quelle eines unbezahlbaren Reichtums sowohl materieller wie immaterieller Art. Hier schlägt das Herz der Globalisierung und der kapitalistischen Produktion! MigrantInnen, die im Pflegebereich arbeiten, sind aber keine neuen DienerrInnen. Sie sind ArbeiterInnen, die Armut und Vereinzelung als Bedingungen erfahren, die ein Aufbegehren verunmöglichen sollen. Und alltäglich erfahren immer mehr MigrantInnen eine Fragmentierung ihrer Arbeit, wie sie bald alle ArbeiterInnen erleben sollen. (Fortsetzung auf Seite 2)

# Hausarbeit "entschleiern"

Über (Lohn)arbeit von MigrantInnen zu sprechen bedeutet heutzutage notwendigerweise über migrantische Frauenarbeit im Allgemeinen und über Pflege und Hausarbeit im Besonderen zu sprechen. Wir müssen beides betrachten: die entscheidende Rolle, die Frauenbewegungen auf transnationaler Ebene spielen – wie sie Geschlechterverhältnisse durch die materielle Erfahrung von Migration herausfordern und verändern - und die Reglements, denen diese Bewegungen ausgesetzt sind, sowie deren Logik einer "transnationalen sexistischen Arbeitsteilung". Überall in Europa gibt es eine wachsende Nachfrage nach Hausarbeit, einerseits durch die kontinuierlichen Veränderungen von Geschlechterverhältnissen, die aus den Kämpfen von Frauenbewegungen entstehen, aber auch durch die Veränderungen des Arbeitsmarktes und der staatlichen Wohlfahrtssysteme sowie sozialer Sicherungssysteme. Das politische Management dieser Nachfrage ist nicht in allen europäischen Staaten gleich, aber der allgemeine Trend ist, eine institutionelle Garantie für die Ausbeutung von migrantischer Frauenarbeit bereit zu stellen, entweder direkt durch formale Regulierungen oder indirekt durch Illegalisierung.

Wir nehmen die italienische Politik als ein Beispiel: In den letzten Jahren hat sich die Politik in Richtung eines für Hausarbeit entworfenen "speziellen Quotensystems" bewegt - mit höheren Quoten als die für Lohnarbeit generell, was die entscheidende Rolle, die diese Art von Arbeit heutzutage spielt, unterstreicht. Die Verbindung zwischen Arbeitsvertrag und Aufenthaltserlaubnis hat zum Ziel, Frauen zu zwingen, immer niedrigere Löhne und immer schlechtere Arbeitsbedingungen zu akzeptieren – und das sind die Bedingungen, die es anderen beschäftigten Frauen scheinbar ermöglicht, sich selbst von ihrem "häuslichen Schicksal" zu befreien. Im Gegensatz dazu wird in Grossbritannien die Einführung eines punktebasierten Systems diskutiert, das existierende Quoten für "unqualifizierte Arbeit" reduziert oder abschafft. Und gleichzeitig hochqualifizierten MigrantInnen erlaubt, als ArbeitgeberInnen, ihre persönlichen häuslichen "Dienstboten" von außerhalb der EU mitzubringen. Diesen wird eine sechsmonatige Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis ausgestellt, die sie an ihre ursprünglichen ArbeitgeberInnen fesselt. Der beträchtliche Bedarf an Pflege- und Hausarbeit soll durch Arbeitsmigrantinnen aus den neuen osteuropäischen EU-Beitritts-Staaten abgedeckt werden, gleichzeitig drängt das neue System migrantische Arbeit in die Illegalität. Die Erfolge, die in den 1990er Jahren von Migrantischen ArbeiterInnenorganisationen (zum Beispiel "Kalayaan") erzielt wurden - wie die Möglichkeit, die jeweiligen ArbeitgeberInnen zu verlassen, ohne die Aufenthaltserlaubnis für GB zu verlieren - werden bald Vergangenheit sein.

Das sind nur zwei Beispiele, die den selben Ansatz der Regulierung von migrantischer Frauenarbeit widerspiegeln. Der springende Punkt liegt darin, ihre Ausbeutung politisch abzu-

sichern, die mehr denn je für die soziale Reproduktion notwendig ist. Migrantinnen, vor allem wenn sie undokumentiert sind, aber auch wenn sie nicht formal anerkannt sind, werden deshalb in Abhängigkeitsbeziehungen zu ihren ArbeitgeberInnen gezwungen, die auf einer kompletten (24 Stunden / 7Tage) Verfügbarkeit basieren, für eine Bezahlung, manchmal nur als einmalige Pauschale, die zudem das Ergebnis von informellen Verhandlungen in asymmetrischen Machtverhältnissen sind. Was nicht gemessen werden kann, ist die emotionale Dimension dieser Art von Arbeit, die von Migrantinnen selbst als weit über normale Arbeitsbeziehungen hinausgehend erlebt wird. Manchmal kann das die einzige Art sein, den Druck, der sich aus dem alles durchdringenden "live-in" Charakter ihrer Arbeit ergibt, durchzustehen. Dennoch werden durch diese Strukturen die grundsätzlichen Effekte der Migration von Frauen nicht weg gewischt, die eine Umwälzung oder zumindest einen entscheidenden Angriff auf den patriarchalen Charakter existierender Geschlechterverhältnisse darstellen. Manchmal wird Migration bewusst von Frauen benutzt, um die Befreiung von männlicher Dominanz zu erreichen. Und das hohe Ausmaß von Frauenmigration, zum Beispiel aus Regionen wie Asien und Osteuropa, produziert tatsächlich eine Umkehrung geschlechterbezogener Arbeitsteilung, wenn der Lohn von Frauen zur Hauptquelle des Überlebens der Familie wird. Aber die Arbeit von Migrantinnen im Haushalt stellt auch Klassenverhältnisse in Frage. Es wird immer offensichtlicher, dass nicht nur reiche oder grossbürgerliche Frauen HausarbeiterInnen einstellen, sondern dass dies auch Frauen tun, die selbst LohnarbeiterInnen sind. Was wir dabei erleben, ist kein Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit, sondern ein Lohn, durch den ein anderer Lohn bezahlt wird. Die Einbeziehung des Migrationsmanagements, das von europäischen Regierungen angewandt wird, ist, so glauben wir, ein entscheidender politischer Punkt im Kampf gegen Prekarisierung. Und auch gegen die Ausbeutung von migrantischer Arbeit aus einer Geschlechterperspektive, insofern als die traditionelle sexistische Arbeitsteilung auf einer transnationalen Skala reproduziert wird und –mehr als das- durch ein rassistische Quotensystem, das weiße, christliche Migrantinnen bevorzugt, institutionalisiert wird. Deshalb ist es bloß eine Illusion, zu denken, dass die Beschäftigung von Migrantinnen im häuslichen Bereich für europäische Frauen Freiheit von ihrem "häuslichem Schicksal" bedeutet. Es setzt sich fort, dass Reproduktion als weibliche Aufgabe angesehen wird und Migrationsmanagement und –Politik stellen eine institutionelle Garantie für diese Struktur bereit. Wir können auch deshalb die sensationsgierigen Debatten über Frauen, die "den Schleier" öffentlich tragen, nicht akzeptieren, während die alltägliche Verschleierung der Ausbeutung von Migrantinnen innerhalb der häuslichen Wände keinerlei Skandal provoziert. Der Kampf gegen die Ausbeutung von migrantischer Arbeit muss aus einer Geschlechterperspektive gesehen werden und das geht nicht nur Migrantinnen an.

**(Fortsetzung von Seite 1)** Es ist ja schon jetzt nicht wahr, dass nur migrantische Arbeit unterbezahlt und überausgebeutet ist. Jeden Tag durchlaufen mehr und mehr MigrantInnen alle Formen der Arbeit. Sie bewegen sich über Staatsgrenzen hinweg und in unterschiedlichen Arbeitsverhältnissen. Die Herausforderung, mit der wir konfrontiert sind, findet im transnationalen Rahmen statt: in den Migrationsbewegungen selbst, aber auch in der institutionalisierten Migrationsregulierung in Europa und darüberhinaus, und nicht zuletzt in der extremen Mobilität des Kapitals. Dieses folgt migrantischer Arbeit über alle nationalen Grenzen hinweg, und die Drohung der Verlagerung der Produktion schwächt die politische Macht der ArbeiterInnen überall in Europa. Die Jagd auf billige und unorganisierte Arbeitskräfte folgt den Migrationsrouten, eben in entgegengesetzter Richtung. Um diesen Herausforderungen heutzutage gerecht zu werden, müssen ArbeiterInnenkämpfe transnational sein, migrantische Arbeit sollte als ein zentraler Ansatz begriffen werden. Zentrale Forderung am 1. Mai in Europa muss dementsprechend sein, dass Arbeit - egal ob prekär, legal oder illegal - vom Aufenthalt entkoppelt wird. Wir müssen eine bedingungslose Legalisierung fordern, unabhängig von Arbeit und Einkommen. Diese Forderungen waren bereits beim 3. transnationalen Aktionstag, am 7. Oktober 06, gestellt, doch heute können sie eine Forderung aller ArbeiterInnen werden. Nicht nur, weil die besonderen Bedingungen von MigrantInnen der Hebel für die Prekarisierung der Arbeit insgesamt sind, sondern vor allem weil die migrantische Mobilität uns ermöglicht, den Kämpfen eine transnationale Dimension zu geben. Das ist eine Chance und Herausforderung gleichzeitig, die wir aufgreifen müssen.

# Chronik: Bewegungen und Kämpfe der Migration...

In unseren letzten beiden Ausgaben hatten wir Widerstandsbeispiele präsentiert, die sich gegen das Grenz- und Abschieberegime richteten bzw. Bewegungsfreiheit und Bleiberecht einforderten. In dieser Nummer haben wir zwei Schwerpunkte: neue Entwicklungen in den USA sowie Initiativen und Streiks, Kämpfe und Aktivitäten rund um Arbeit und Migration.

## Euromayday und Precarity Webbing

Der "Mayday" wurde vor einigen Jahren von italienischen Netzwerken entwickelt, um den 1. Mai lebendiger zu gestalten und diesen sowohl inhaltlich wie auch in der Form zu reorganisieren. Im Mittelpunkt steht der gesamte Prozess der Prekarisierung, also in den Arbeits- wie in den Lebensbedingungen. Laute und bunte Paraden tauchten auf den Strassen auf, zuerst in Mailand, dann in vielen europäischen Städten. Euromayday war entstanden! Und in vielen Mobilisierungen wurde die prekäre Situation der MigrantInnen betont, Legalisierung als Kernpunkt in den Forderungen nach gleichen Rechten benannt. Am 1. Mai 2007 werden erneut Euromayday-Aktivitäten stattfinden, in mindestens 17 Städten quer durch Europa. Siehe auch <http://www.euromayday.org/> Der Precarity\_Webbing ist eine offene Plattform, die verschiedene Gruppen und Initiativen quer durch Europa und darüberhinaus verbindet, die bereits beim Euromayday aktiv sind. Der Webbing verknüpft militante Untersuchungen mit Aktivismus, er soll neue Räume der Debatte, der Erforschung und der politischen Aktion rund um prekäre Arbeits- und Lebensverhältnisse eröffnen. Siehe auch <http://www.precarity-map.net/>

## Selbstorganisation migrantischer ArbeiterInnen im landwirtschaftlichen Sektor, in Südspanien sowie anderen europäischen Ländern

Nach den rassistischen Pogromen gegen vor allem marokkanische ArbeiterInnen wurde die SOC, eine kleine andalusische Landarbeitergewerkschaft, in Almeria aktiv, nahe der Strasse von Gibraltar. Almeria ist sehr bekannt für die riesigen Export-Gemüseplantagen, ein Plastikmeer von 35.000 Hektar. Der Gemüseanbau gilt als sehr arbeitsintensiv, dementsprechend werden viele billige und flexible Arbeitskräfte benötigt. Mindestens 90.000 MigrantInnen, vor allem aus dem Maghreb, aus dem subsaharischen Afrika, aus Lateinamerika und Osteuropa sind in den Gewächshäusern beschäftigt. Die ArbeiterInnen sind mit unmenschlichen Lebens- und Arbeitsbedingungen konfrontiert (z.B. Pestizidbenutzung ohne Schutzgeräte, Unterbringung in sog. "Chabolas" - Baracken aus Plastik- und Holzabfällen, vorenthaltene Löhne, rassistische Übergriffe, Illegalisierung...), und haben deshalb begonnen, sich in der oben erwähnten SOC selbst zu organisieren. Und anstatt auf die großen bürokratischen Gewerkschaften zu setzen, wurde mit der SOC begonnen, soziale Zentren einzurichten (ähnlich den workers centers in den USA). Das Europäische Bürgerforum (EBF) unterstützt diesen Selbstorganisationsprozeß und Ende April 07 wird erneut eine internationale Delegation nach Almeria reisen: zur Eröffnung des 2ten Sozialen Zentrums! Schon 2004 hatte das EBF ein Buch mit dem Titel "Bittere Ernte" veröffentlicht, in dem Erfahrungen von Kämpfen, vom Leben und Arbeiten von ErntearbeiterInnen aus Frankreich, Spanien, Schweiz, Österreich, Deutschland, Niederlande und Polen zusammengetragen sind. Ein Beispiel für einen erfolgreichen Kampf war der Streik von mehr als 240 ErntearbeiterInnen aus dem Maghreb auf einer großen Pfirsich-Plantage in der Provinz Bouches-du-Rhones in Südfrankreich im Juli 2005. Die ArbeiterInnen waren über Monate nicht bezahlt worden, mußten in Baracken ohne Strom und Wasser wohnen und wurden genötigt, gesundheitsgefährdende Pestizide einzusetzen.

Nach einer Woche Streik mußte der Unternehmer den Forderungen der ArbeiterInnen nachgeben. Mehr Infos unter <http://www.forumcivique.org/>

## Streik im landwirtschaftlichen Sektor in Marokko

Anfang Dezember 2006 begann in der Provinz Chtouka Ait Baha (Nähe Agadir) eine Kampagne gegen das spanische Unternehmen "Innovation agricole", das auf die Produktion von Exportspargel spezialisiert ist. Der spanische Boss griff persönlich ein gegen die protestierenden ArbeiterInnen, vertrieb sie, verbrannte die Transparente und holte die Polizei, so dass 40 ArbeiterInnen auf der Wache landeten. Die marokkanischen Behörden stellen sich hinter die spanischen Unternehmer, um diplomatische Schwierigkeiten zu vermeiden und vor allem, um für ausländische Investoren attraktiv zu bleiben. Diese kommen zumeist aus Spanien und Frankreich und sind an den privatisierten öffentlichen Ländereien interessiert. Die spanische Gewerkschaft CGT unterstützte den Kampf und prangerte die Ausbeutung der marokkanischen ArbeiterInnen an. Sie forderte die Einhaltung der Arbeitsrechte ein, insbesondere das Recht auf gewerkschaftliche Organisation, sowie die Widereinstellung derer, die gefeuert worden waren. Mehr Infos unter [estrecho.indymedia.org/newswire/display/67237/index.php](http://estrecho.indymedia.org/newswire/display/67237/index.php)

## IWW und "Runder Tisch der MigrantInnen"

In Italien ist die IWW (Invisible Workers of the World/unsichtbare ArbeiterInnen der Welt) bislang im Veneto, in Emilia Romagna und in der Toscana aktiv. Diese Organisation ist entstanden, um MigrantInnen einen politischen Raum rund um Erfahrungen autonomer und basisgewerkschaftlicher Kämpfe zu öffnen. Sie betont die Bedeutung einer neuen rebellischen Mischung von Kämpfen am Arbeitsplatz und für soziale Rechte, für Hausbesetzungen, für Einkommen und gegen die Unsichtbarmachung, Entrechtung und Ausbeutung lebendiger Arbeit. Gegen europäische und nationale Gesetze organisiert IWW auch Aktionen zivilen Ungehorsams, die sich gegen Migrationskontrolle, gegen die Prekarisierung der Arbeit sowie gegen Abschiebeknäste richten. Mehr Infos unter [www.globalproject.info/index-it.html](http://www.globalproject.info/index-it.html) Ein anderer Versuch, migrantische Arbeit in Italien zu organisieren, sind die autonomen Koordinationsgruppen von MigrantInnen. Sie haben sich seit 2001 auf lokaler Ebene entwickelt und sind im Rahmen des "Runden Tisches der MigrantInnen" auf nationaler Ebene vernetzt. Sie haben Demonstrationen gegen Regierungsbehörden organisiert und neuerdings auch vor den Büros der großen Gewerkschaften protestiert. Entkopplung von Aufenthalt und Arbeitsvertrag, Bewegungsfreiheit und Legalisierung lauten die zentralen Forderungen gegen die Ausbeutung migrantischer Arbeit. Mehr Infos unter:

[www.coordinamentomigranti.splinder.com](http://www.coordinamentomigranti.splinder.com)

## Prekarisierung und Migration in der Anti-G8-Mobilisierung

Wenn vom 6. bis 8. Juni der nächste G8-Gipfel in der Nähe von Rostock in Deutschland stattfindet, muß die selbsternannte "Elite der Welt" erneut mit Massenprotesten und Blockaden rechnen. Schon im Vorfeld des Gipfels ziehen drei Märsche quer durch Europa: "Prekäre aller Länder, lasst uns nach Heiligendamm bei Rostock demonstrieren! Gegen die Prekarisierung unseres Lebens und unserer Arbeit! Gegen Arbeitslosigkeit, Armut, Ausgrenzung und Diskriminierung! Für gleiche soziale Rechte für Alle überall!" Der Aufruf findet sich unter <http://euromarsch2007.labournet.de/> Für 3. Juni werden mehrere Netzwerktreffen vorbereitet, eines davon zu Migration.

In Arbeitsgruppen u.a. zu Legalisierung, gegen Abschiebungen und zu Rechten migrantischer ArbeiterInnen sollen transnationale Kampagnen diskutiert werden. Und am Tag darauf, am 4. Juni, wird ein eigener Migrationsaktionstag folgen! Weitere Infos unter [www.nolager.de](http://www.nolager.de)

### **Ein Grenzcamp in der Ukraine im August 2007**

... wird vom 10. bis zum 20.8. in Transkarpatien stattfinden, einem Brennpunkt sowohl für Transit- als auch für Arbeitsmigration. Fast die Hälfte der arbeitsfähigen Bevölkerung arbeitet außer Landes ... Mehr Infos demnächst unter [www.noborder.org](http://www.noborder.org)

### **This Tuesday**

Diese Webseite zu Migration, Arbeit und transnationaler Organisation sammelt "best-practice" Informationen zu Organisationen, Projekten und Kampagnen bezüglich der Mobilisierung und Untersuchung rund um prekäre und migrantische Arbeit. Siehe [www.thisuesday.org](http://www.thisuesday.org)

### **USA - Neues vom "schlafenden Riesen"**

"Ein schlafender Riese ist erwacht", so kommentierten AktivistInnen in den USA die unerwartete Massenmobilisierung migrantischer ArbeiterInnen im letzten Jahr in vielen US-Städten. Weiter unten findet sich ein aktueller Bericht über staatliche und behördliche Reaktionen. Der "Riese" scheint wieder verschwunden. Offensichtlich bleiben solche sozialen Explosionen unberechenbar, doch gleichzeitig wären ihre Dynamiken nicht denkbar ohne die alltäglichen Projekte und Kampagnen von und mit migrantischen ArbeiterInnen, die in den USA seit Jahren verbreitet sind, innerhalb wie außerhalb der Gewerkschaften. Mehr als 130 (migrantische) "Workers Center" sind in den letzten 15 Jahren entstanden (siehe z.B. <http://www.garmentworkercenter.org/>). Und die weithin bekannte Justice for Janitors-Kampagne ist nach wie vor sehr lebendig und geht sogar auf die globale Ebene, siehe Bericht weiter unten.

### **Aktualisierung der Kämpfe der ArbeitsmigrantInnen in den USA**

In den letzten Monaten haben die Immigrationsbehörden zahlreiche Razzien durchgeführt und ihre Bemühungen gesteigert, illegalisierte ArbeiterInnen abzuschieben. Letztes Jahr hatten ja Millionen Menschen genau gegen Gesetzesvorlagen demonstriert, die auf die Kriminalisierung der "undocumented workers" abzielten. Das Gesetz wurde zwar durch die massiven Proteste blockiert, doch die Migrationsfrage blieb ein Top-Thema. Einige Städte haben eigene Bestimmungen erlassen, um Illegalisierten den Zugang zu Wohnungen zu verunmöglichen und um Arbeitgebern die Beschäftigung der Menschen ohne Papiere zu erschweren. Razzien auf Arbeitsstellen haben tausende Familien auseinander gerissen, weil ihre in den USA geborenen Kinder als US-Staatsbürger bleiben konnten während die Eltern abgeschoben wurden.

Während die US-Regierung nun über neue Gesetzesvorlagen diskutiert, haben AktivistInnen aus den Communities neue Proteste organisiert, um zu zeigen, dass die Betroffenen weiterhin breite Unterstützung erfahren und längst ein integrierter Teil der Gesellschaft sind. Der aktuellste Vorschlag zielt auf ein Gastarbeiter-Programm, um ArbeiterInnen für kurze Zeit anzuheuern, um sie dann wieder zurückzuschicken, ohne einen Weg zur US-Staatsbürgerschaft zu eröffnen und ohne die

Möglichkeit, die Familie nachzuholen. Ein anderer Vorschlag sieht die Möglichkeit vor, die Staatsbürgerschaft zu beantragen, wenn eine bestimmte Aufenthaltszeit und andere Bedingungen erfüllt sind und die Betroffenen vorher kurzfristig ausreisen. Das mag einige Erleichterungen bringen, doch die grundlegenden Probleme der Ausbeutung, des Mangels an sozialen Leistungen, der polizeilich-militärischen Bedrohung und der Niedrigstlöhne sind damit in keinsten Weise berührt. Deshalb geht unser Kampf weiter, und an diesem 1. Mai fordern wir, nicht nur in Los Angeles: Bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen für alle ArbeiterInnen; Legalisierung und Menschenrechte für Alle; Frieden und Respekt für alle Communities; ein Ende aller Verfolgungen durch Polizei, Militär und Ausländerbehörden.

### **Justice for Janitors in Houston**

Nach einem 4-wöchigen großen und harten Streik haben 5300 Reinigungskräfte in Houston das Recht erstritten, eine eigene Gewerkschaft zu bilden, und erstmals einen Tarifvertrag durchgesetzt. Dieser Sieg wird als historischer Durchbruch für den Süden der USA gewertet, wo angesichts des traditionellen republikanischen Einflusses die Gewerkschaften immer ausgegrenzt wurden und die schlechtesten Arbeitsbedingungen vorherrschen. Der stadtweit geltende Tarifvertrag verdoppelt nun das Einkommen der Janitors innerhalb von 24 Monaten und erhöht die Arbeitszeiten zu Vollzeitjobs, womit endlich auch Sozial- und Versicherungsleistungen für die Arbeiterinnen und ihre Familien verbunden sind. Die Janitors von Houston, MigrantInnen aus Mexiko und Zentralamerika, kämpften nicht nur für mehr wirtschaftliche Gerechtigkeit und bessere Arbeitsbedingungen sondern unterstützten damit auch den anhaltenden landesweiten Kampf für eine Legalisierung. Die Houston-Kampagne konnte gewonnen werden, weil starke lokale Communities und Bündnisse entwickelt wurden, weil es viele Solidaritätsstreiks in anderen US-Städten gab, und weil abgestimmte Solidaritätsaktionen weltweit bei den Gebäudebesitzern Chevron und Hines stattfanden: in London (durch T+G), Berlin (mit kein mensch ist illegal), Hamburg (über Verdi), Mailand (mit Chainworkers), Amsterdam (mit Bondgenoten), Mexiko City (über el Fat), Moskau und Panama City.

### **Justice for Janitors geht auf die globale Ebene ...**

Seit 3 Jahren tauschen wir unsere Kampagnen-Erfahrungen und unseren Gewerkschaftsansatz für soziale Gerechtigkeit mit anderen Dienstleistungsgewerkschaften aus. Kooperationen in Organisierungskampagnen sind zustande gekommen in London (Justice for Cleaners-Kampagne), in den Niederlanden (10 Euro-Kampagne), in Australien und Neu-Seeland (Clean Start Kampagne), in Houston (globale Solidaritätsaktionen), in Hamburg (für Security- Angestellte) und in Warschau (Security-Kampagne). Diese gemeinsame Arbeit mit anderen Gewerkschaften und Netzwerken für soziale Gerechtigkeit zielt auf Organisierung und Kampagnen gegen multinationale Konzerne sowie Hedge Fonds im Reinigungs- und Security-Sektor mit seinem Subkontraktssystem und Niedriglöhnen. Unsere Kampagnen gehen weiter! Wer mehr wissen oder unseren Kampf unterstützen will: [www.union-network.org/unipropertyn.nsf](http://www.union-network.org/unipropertyn.nsf) oder [www.labourstart.org](http://www.labourstart.org)

**Helft diesen Newsletter zu verteilen! Kontakt: [frassainfo@kein.org](mailto:frassainfo@kein.org)**